



Am Montag im Kantonsrat

Zürich, 28.06.2024

Vorschau auf die Kantonsratssitzung vom Montag, 1. Juli 2024

Fokusthema: **Parlamentarische Initiativen**

Der Zürcher Kantonsrat wird sich am Montag nach der Wahl eines neuen Mitglieds des Handelsgerichts mit vier Vorstössen befassen, die als Entgegennahmen traktandiert sind. Anschliessend wird der Rat darüber entscheiden, ob er ein paar der behandlungsreifen parlamentarischen Initiativen vorläufig unterstützen will.

Regierungsrat will vier Vorstösse entgegennehmen

Rasch behandeln wird der Kantonsrat am Montagmorgen vier Vorstösse, die als Entgegennahmen traktandiert sind. Das bedeutet, dass sich der Regierungsrat bereit erklärt hat, die Vorstösse entgegenzunehmen. Der Rat muss nun darüber befinden, ob er diese diskussionslos der Regierung überweisen will. Lehnt auch nur ein Mitglied des Rates dies ab, verbleibt ein solcher Vorstoss auf der Traktandenliste und der Rat muss zu einem späteren Zeitpunkt, nach einer Diskussion im Parlament, über eine Überweisung entscheiden.

SP-Kantonsrätin Sibylle Marti will mit Unterstützung von GLP, Grünen, EVP und AL den Regierungsrat auffordern, im Kinder- und Jugendhilfegesetz (KJHG) die notwendigen gesetzlichen Bestimmungen zu erlassen, damit bei illegalen Auslandsadoptionen von den Betroffenen keine Gebühren erhoben und die für die Herkunftssuche notwendigen und verhältnismässigen Kosten übernommen werden ([KR-Nr. 100/2024](#)). FDP-Kantonsrätin Linda Camenisch möchte, unterstützt von SVP und EVP, den Regierungsrat dazu einladen darzulegen, wie er die Umsetzung der geltenden Richtlinien zur sprachlichen Gleichbehandlung von Frau und Mann vom 24. April 1996 in der kantonalen Verwaltung sowie in allen kantonalen Institutionen sicherstellt ([KR-Nr. 161/2024](#)). FDP-Kantonsrätin Barbara Franzen möchte mit Unterstützung von GLP, Mitte und EVP, dass die Regierung aufzeigt, welche gesetzlichen Änderungen herbeigeführt werden müssten, damit die Gemeinden die Gelegenheit bekommen, die Trennung von Arbeits- und Wohnzonen zu lockern ([KR-Nr. 172/2024](#)). Und EDU-Kantonsrat Roger Cadonau bittet mit Unterstützung der SVP den Regierungsrat aufzuzeigen, wie die Aufklärung und die Begleitung von Jugendlichen, die mit Fragen der Geschlechtsidentität zu kämpfen haben, umgesetzt werden und welche Möglichkeiten bestehen, um irreversible Eingriffe bis zur Volljährigkeit der Betroffenen zu verhindern ([KR-Nr. 173/2024](#)).

Sibylle Marti (SP, Zürich), 078 850 83 19

Linda Camenisch (FDP, Wallisellen), 079 242 06 28

Barbara Franzen (FDP, Niederweningen), 079 946 52 15

Roger Cadonau (EDU, Wetzikon), 079 358 14 06

PI zu Beschwerden, Bildung, Eigenmietwert und Zusatzleistungen

Schwerpunkt der kommenden Sitzung werden parlamentarische Initiativen (PI) sein. Bei deren Behandlung geht es vorerst darum, zu ermitteln, ob eine Initiative von mindestens 60 Ratsmitgliedern unterstützt wird. Ist dies der Fall, wird sie einer Kommission zur weiteren Beratung überwiesen. Auf Antrag der Kommission entscheidet der Kantonsrat dann definitiv über Annahme oder Ablehnung der PI. FDP-Kantonsrat Stephan Weber will, unterstützt von SVP, Mitte und EVP, das Verbandsbeschwerderecht bei Schutzobjekten abschaffen, die der Erfüllung einer kantonalen oder kommunalen öffentlichen Aufgabe im Bereich des Bildungs- und Gesundheitswesens dienen ([KR-Nr. 66/2024](#)). FDP-Kantonsrat Christian Müller will mit Unterstützung von SVP, Mitte und EVP im

Planungs- und Baugesetz (PBG) eine Bestimmung verankern, wonach Staat und Gemeinden bei der Festlegung von Heimat- und Naturschutzmassnahmen für Einrichtungen im Gesundheits- und Bildungsbereich den haushälterischen Umgang mit finanziellen Ressourcen bei der Erfüllung öffentlicher Leistungsaufträge zu berücksichtigen haben ([KR-Nr. 67/2024](#)). SVP-Kantonsrat Marc Bochsler möchte, dass der Regierungsrat beim Bund eine Standesinitiative einreicht, mit dem Ziel, eine gesetzliche Grundlage zu schaffen, die es ermöglicht, den Eigenmietwert unter Berücksichtigung von Härtefällen flexibel zu besteuern ([KR-Nr. 101/2024](#)). Karin Fehr Thoma, Kantonsrätin der Grünen, will mit Unterstützung von SP, GLP, EVP und AL, dass die Gemeinden und die Sozialversicherungsanstalt (SVA) den Personen, die Anspruch auf Zusatzleistungen haben, von Amtes wegen ein Antragsformular zustellen ([KR-Nr. 143/2024](#)). Die Kommission für Bildung und Kultur (KBIK) fordert mit zwei verschiedenen PI, dass die Präsidentin oder der Präsident des Universitätsrates ([KR-Nr. 169/2024](#)) beziehungsweise des Fachhochschulrates ([KR-Nr. 170/2024](#)) künftig kein Mitglied des Regierungsrates mehr sein darf. Und Benjamin Walder, Kantonsrat der Grünen, möchte, unterstützt von SP und GLP, dass der Kanton Zürich eine Standesinitiative einreicht, mit welcher der Bund dazu aufgefordert wird, dem Parlament eine Botschaft zur Finanzierung von Erasmus+ vorzulegen ([KR-Nr. 205/2024](#)).

Stephan Weber (FDP, Wetzikon), 079 441 40 00
Christian Müller (FDP, Steinmaur), 079 335 16 10
Marc Bochsler (SVP, Wettswil a. A.), 079 742 96 41
Karin Fehr Thoma (Grüne, Uster), 078 610 16 61
KBIK-Präsidentin: Karin Fehr Thoma (Grüne, Uster) 078 610 16 61
Benjamin Walder (Grüne, Wetzikon), 078 676 79 73

Personelles:

Gleich zu Beginn der Sitzung ist die Wahl eines Mitglieds des Handelsgerichts vorgesehen ([KR-Nr. 275/2023](#)). Der Wahlvorschlag der Interfraktionellen Konferenz (IFK) ist unumstritten.

IFK-Präsident: Markus Schaaf (EVP, Zell), 078 707 00 66

Veranstaltungshinweis:

Noch vor der Kantonsratssitzung, von 07.30 bis 08.00 Uhr, findet im kleinen Saal im Rathaus Hard eine Medienkonferenz der Kommission für Planung und Bau (KPB) statt. Die KPB informiert über den Kompromiss betreffend Flexibilisierung der Parkierungsmöglichkeiten, auf den sich die Kommission im Rahmen ihrer Beratung der beiden parlamentarischen Initiativen «Ausreichend Veloabstellplätze auf Liegenschaften ([KR-Nr. 341/2019](#))» und «Erweiterung Zweckbindung Parkplatz-Ersatzabgabe ([KR-Nr. 171/2020](#))» geeinigt hat.

KPB-Präsidentin: Barbara Franzen (FDP, Niederweningen), 079 946 52 15

Diese Vorschau bietet einen Überblick über die Traktanden, die voraussichtlich behandelt werden. Alle weiteren Verhandlungsgegenstände sind auf der [Traktandenliste](#) aufgeführt.

Allgemeine Auskünfte zur Sitzung des Kantonsrates geben:
Jürg Sulser, Kantonsratspräsident, 079 416 17 00
Ronny Nicolussi, Medienbeauftragter, 043 259 20 12